Salzburger Nachrichten

Übergabe Afghanistans Schritt für Schritt

Erfolg. Was der Westen in Afghanistan erreicht hat, wird von der Bevölkerung selbst zu bewerten sein.

VIKTOR HERMANN

Wegen eines Besuchs aus dem Iran gab es vorübergehend leichte Verstimmungen zwischen Wien und Washington. Die SN sprachen mit dem US-Gesandten Christopher J. Hoh darüber, über Afghanistan und die Midterm Elections.

In manchen Provinzen wird Afghanistan die Hilfe ausländischer Truppen noch länger brauchen, in anderen sind die Fortschritte beim Aufbau eines funktionierenden Staats schon recht groß. Bild: SN/EPA

SN: Österreich wurde heftig kritisiert, als im Frühjahr der iranische Außenminister Manucheer Mottaki hier zu Besuch war. Hat Washington Sorge, Österreich könnte zu einem Einfallstor für den Iran in den Westen werden?

Hoh: Wie die meisten Europäer hat auch Österreich dem Iran gegenüber eine klare Linie eingenommen. Seit Mottakis Besuch in Wien im April hat Österreich im Rahmen der Vereinten Nationen und der EU effektive Sanktionen gegen den Iran unterstützt. Österreichische Firmen und Banken haben ihre Geschäftstätigkeit in dem Land reduziert oder sind dabei, dies zu tun. Daher sehe ich Österreich nicht als Irans potenzielle „Fahrkarte nach Europa".

SN: In Bezug auf den Termin für einen Afghanistan-Rückzug scheint es Differenzen zwischen US-Militär und Politikern zu geben.

Hoh: Afghanistan ist eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Ich würde in diesem Zusammenhang unsere Erfahrungen auf dem Balkan heranziehen, wo wir gelernt haben, dass die Frage des Rückzugs weniger an ein spezielles Datum geknüpft ist, als vielmehr daran, wie sich die Situation im Land darstellt. In Bosnien wurden die massiven NATO-Kräfte nach 1996 nur allmählich reduziert.

Auch in Afghanistan ist die entscheidende Frage, wann die Bedingungen stimmen, um die internationale Präsenz zu beenden. Mein Eindruck ist, dass das von Provinz zu Provinz verschieden ist. Einige Gegenden sind seit Jahren relativ stabil. Andere Regionen sind immer noch Kampfgebiete. Es gibt keine einfache Formel, mithilfe derer man voraussagen kann, wann alle Kampftruppen sich zurückziehen können.

SN: Die USA haben unter anderem als Grund für den Krieg in Afghanistan genannt, man müsse die Gesellschaft dort verändern – Freiheit für die Frauen und Sicherheit für Kinder. Nun sehen wir immer mehr Steinigungen, Mädchenschulen werden niedergebrannt.

Hoh: In Afghanistan hat es in den letzten Jahren ganz bedeutende Fortschritte gegeben. Als regierungsloser Raum war das Land eine Oase für Terroristen-Ausbildungscamps, und für El Kaida Stützpunkt bei der Organisation der Anschläge vom 11. September und anderer Attacken. In einem Bürgerkrieg standen sich Taliban-Extremisten und regionale Anführer, die ihre Regierung auf Gemeindeebene stärken und Reformen wie Schulen für Mädchen anbieten wollten, gegenüber.

Niemand erwartet, dass diese Bemühungen Afghanistan in ein neues Utopia verwandeln. Doch die Extremisten sind vielerorts vertrieben worden und auf der Flucht. Die Diktatur der Taliban wurde durch eine junge Demokratie ersetzt, die nun ihren Weg finden muss.

SN: Was würden Sie als „Erfolg" des Afghanistan-Kriegs einstufen?

Hoh: Im Endeffekt werden die Menschen in Afghanistan im Großen und Ganzen selbst bestimmen, welche Versprechen in dieser Phase gehalten wurden, und womit sich ihre Gesellschaft später noch selbst befassen muss. Post-Konflikt-Experten verwenden gern Ausdrücke wie „selbsterhaltende

„Die Rezession war real und ging sehr tief."

Christopher J. Hoh, US-Gesandter

Stabilität". Das heißt, das Land und seine Bewohner können die Verantwortung für ihre eigene Sicherheit, Demokratie und Entwicklung übernehmen, zwar weiterhin mit Unterstützung von außen, jedoch ohne diese außergewöhnliche internationale Präsenz. Die USA und unsere Partner arbeiten derzeit daran, die Dynamik der Taliban zu brechen und die Kapazitäten Afghanistans auszubauen. Dies wird es uns ermöglichen, nächstes Jahr eine verantwortungsvolle Übergabe der Sicherheitsverantwortung an Afghanistan zu beginnen.

SN: Wechseln wir zu den Midterm Elections: Wird es einen deutlichen Umschwung im Kongress geben?

Hoh: Es ist der normale Verlauf, dass die vorherrschende Partei im Kongress in den Midterm-Wahlen Sitze verliert. Die Amerikaner sind immer noch ziemlich verunsichert, was die Wirtschaft angeht, und eine Auswirkung davon sind größere Verluste für Amtsinhaber, und zwar bei beiden Parteien. Das andere ist der sogenannte Obama-Faktor. Sein Zugang zur Politik ist anders als der vieler traditioneller Politiker, daher ist sich niemand sicher, wie dies die Kongresswahlen beeinflussen wird. Aber man sollte nie Herbstwahlen darauf basierend voraussagen, wie die Dinge im Sommer aussehen.

SN: War es ein Fehler der Regierung, so viele große Themen gleichzeitig anzupacken?

Hoh: Die Wahlen sind eine Zwischenbilanz, die Geschichte wird erst später urteilen. Ich bin mir jedoch nicht sicher, ob die Regierung Obama in vielem eine andere Wahl hatte. Die Rezession war real und ging tief – große Firmen gingen Bankrott, Kredite platzten, Menschen verloren ihre Jobs und ihr Heim. Das allein umfasst schon viele große Themen. Dazu erforderten die Konflikte im Irak und in Afghanistan, zunehmende Spannungen im Nahen Osten, sowie das angespannte Verhältnis zu Europa – unserem wichtigsten Partner – unsere unmittelbare Aufmerksamkeit. Das Gesundheitssystem, die Themen Bildung, Energie und Klima haben die US-Wirtschaft signifikant beeinflusst, abgesehen davon, dass sie wichtige Wahlkampfthemen waren. Sie mussten rasch behandelt werden, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu stützen.

SN: Sind die Republikaner dabei, eine neue Führung zu finden, eine neue Strategie, oder werden Bewegungen wie die radikale Tea Party für längere Zeit den Ton angeben?

Hoh: Natürlich muss eine Partei, die signifikante Wahlverluste hinnehmen musste, die Zeit in der Opposition nutzen, um sich neu zu gruppieren und zu reflektieren. Die Tea-Party-Bewegung spiegelt in vieler Hinsicht die Sorgen der Menschen angesichts der Wirtschaftslage, die ich oben schon erwähnt habe. Obwohl sie gegen die Regierung, gegen Steuern und gegen Einwanderung eingestellt ist, muss sie erst zu einem Programm mit klar definierten Zielen finden, zu dem sich ihre Anhänger bekennen können. Das heißt, sie muss erst klären, wofür sie eigentlich steht. Wenn die Tea-Party-Bewegung also eine richtige Agenda entwickelt, könnte sie meiner Meinung nach bedeutende Auswirkungen nicht nur auf die Republikanische Partei erlangen, sondern auf die US-Politik im weiteren Sinne. In der Zwischenzeit bleibt es bei unserem Zwei-Parteien-System. Trotz der größeren Polarisierung in der amerikanischen Politik bewirkt dieser Ansatz immer noch, dass die Menschen zum politischen Zentrum hin tendieren oder um Wechselwähler werben, um ein Amt zu erlangen. Deshalb sind neue Gesetze oder politische Richtlinien, wenn sie schließlich verabschiedet werden, tendenziell weder extrem rechts noch links. Meiner Meinung nach sind dies ein besonderes Merkmal und ein Vorteil des amerikanischen Systems.